

Ursachen des Nichtwählens

Daniel Meiborg

November 2022

Contents

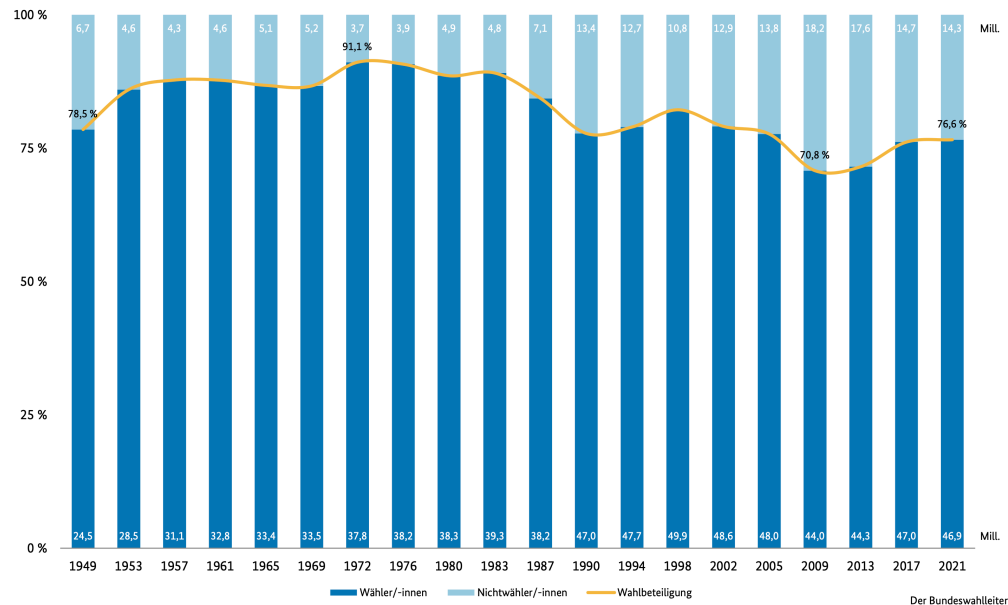
Definition Nichtwähler	3
Wahlbeteiligung in Deutschland	3
Probleme des Nichtwählens	3
Erklärungsansätze	4
Normalisierungsthese	4
Modell des rationalen Wählers	4
Mangel an Bildung	5
Der soziologische Erklärungsansatz	5
Krisenthese	5
Lösung Wahlpflicht?	5
Einsatz	6
Pro	6
Contra	6
Fazit	7
Eigenständigkeitserklärung	7
Quellen	7

Definition Nichtwähler

Nichtwähler sind Wahlberechtigte, die ihr Wahlrecht nicht in Anspruch nehmen, indem sie nicht zur Wahl gehen und auch nicht per Briefwahl wählen. [1]

Wahlbeteiligung in Deutschland

Kurz nach dem zweiten Weltkrieg lag die Wahlbeteiligung in Deutschland bei etwa 78,5%. Das lässt sich auf die erfahrene Unterdrückung während der NS-Zeit zurückführen. 1972 lag die Wahlbeteiligung bei 91,1%, dem höchsten Wert bis 2021 in der Bundesrepublik. Der Tiefpunkt wurde 2009 mit 70,8% erreicht, ein Tiefschlag für unsere Demokratie. Seitdem ist sie wieder etwas gestiegen, und liegt nun (Bundestagswahl 2021) bei 76,6%.



Wahlbeteiligung in Deutschland seit 1949 [2].

Probleme des Nichtwählens

Zunächst einmal scheinen Nichtwähler keinen Effekt auf das Ergebnis einer Wahl zu haben, schließlich werden sie ja zu keiner Partei gezählt. Nichts-

dennoch können Nichtwähler die Ergebnisse einer Wahl massiv beeinflussen.

Die Nichtwählerquote in Deutschland bei der Bundestagswahl lag 2009 bei 29,2%. Das heißt, alleine durch Nichtwähler kann eine Partei bis zu 29,2 % der Wählerstimmen verlieren. Das ist gerade bei einer knappen Wahl - eine enorme Menge.

Umgekehrt kann eine kleine populistische Partei, die weniger als andere Parteien im Vergleich zu den vorherigen Jahren durch Nichtwähler weniger Stimmen verliert plötzlich einen deutlich höheren Anteil haben. So könnte eine Partei 2009 schon mit 36% der Wahlberechtigten eine absolute Mehrheit haben.

Das behindert die Legitimität einer Demokratie natürlich enorm. Wenn viele Wahlberechtigte nicht wählen gehen, lässt sich nicht mehr sagen, ob die gewählten Parteien tatsächlich die Bevölkerung repräsentieren.

Doch wie lässt sich die Menge an Nichtwählern reduzieren? Wie kann man die Extrema in den Wahlquoten erklären? Während es darauf keine eindeutige Antwort gibt, gibt es zumindest einige Theorien, um das Wahlverhalten zu erklären.

Erklärungsansätze

Normalisierungsthese

Eine mögliche Theorie zur Erklärung der Verringerung der Wahlbeteiligung ist die Normalisierungsthese. Diese nimmt an, dass sich soziale Konflikte mit der Zeit verringern und die Wähler so mit der Politik zufrieden sind. Deshalb gibt es keinen Anreiz, wählen zu gehen [3].

Modell des rationalen Wählers

Dieses Modell besagt, dass Menschen ihre Entscheidungen rational treffen. Das heißt, sie treffen Entscheidungen, welche Ihnen die größtmögliche Zufriedenheit bringen. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Stimme den Ausgang der Wahl beeinflusst, ist sehr gering. Die Wahlbeteiligung wird also geringer, wenn die Wähler nicht glauben, dass ihre Wahl etwas bewirken kann.

Mangel an Bildung

Hierbei wird angenommen, dass die Wähler nicht an der Politik glauben, weil diese zu komplex ist. Sie denken, dass sie keinen wirklichen Einfluss auf die Politik haben. Deshalb haben sie nicht den Wunsch, wählen zu gehen. Diese Theorie beschreibt, warum die Wahlbeteiligung in Ländern mit hoher Bildung höher ist. Dort sind die Wähler besser informiert und haben eine konkretere Vorstellung davon, was sie in der Politik erreichen wollen.

Der soziologische Erklärungsansatz

Der soziologische Erklärungsansatz beschreibt die Gesellschaft als ein Netzwerk von sozialen Beziehungen. Die Beziehungen der Menschen bestimmen, ob sie sich an der Politik beteiligen. Menschen, die sich nicht an der Politik beteiligen, haben normalerweise keine Beziehungen zu Menschen, die sich an der Politik beteiligen. Dies erklärt, warum die Wahlbeteiligung in Ländern mit hoher Wahlbeteiligung höher ist. In Ländern mit hoher Wahlbeteiligung ist es eher die Norm, sich an der Politik zu beteiligen [4].

Krisenthese

Die aber wohl gängigste Erklärung ist die sogenannte Krisenthese. Diese besagt, dass die Menschen sich nicht an der Politik beteiligen, weil sie mit der Politik unzufrieden sind. Die Enthaltung wird als “Denkzettel” für die Parteien verwendet, da man sie so nicht wählen möchte, aber eigentlich auch keine der anderen Parteien. Genauso können sich einige Leute mit keiner der bestehenden Parteien identifizieren, aber auch keine neue Partei gründen. Die naheliegendste Lösung ist die Enthaltung.

Lösung Wahlpflicht?

Eine allgemeine Wahlpflicht besagt, dass alle Bürger eines Landes zur Teilnahme an einer Wahl verpflichtet sind. Bei einer allgemeinen Wahlpflicht ist es nicht erforderlich, dass die Wähler bereit sind, an der Wahl teilzunehmen, sondern lediglich, dass sie die Möglichkeit dazu haben. Allgemeine Wahlen werden in der Regel für nationale oder regionale Wahlen verwendet.

Einsatz

Viele vollständige Demokratien verzichten auf eine Wahlpflicht. In einigen Ländern steht die Wahlverweigerung allerdings unter Strafe, sowohl bei Demokratien, als auch bei totalitären Systemen [5]:

- Ägypten
- Australien
- Ecuador
- Fidschi
- Indonesien
- Libanon
- Libyen
- Liechtenstein
- Nauru
- Nordkorea
- ...

Pro

Der größte Vorteil einer Wahlpflicht in Deutschland wäre die Minderung der Einflussnahme einer kleinen Meinungsgruppe auf die Demokratie. Da durch geringe Wahlbeteiligung extremistische Minderheiten einen großen Einfluss erlangen können, würde eine Wahlpflicht dabei helfen, die Bevölkerung genauer abzubilden.

Außerdem bringt sie politisch Desinteressierte dazu, sich mit ihrer zukünftigen Regierung zu beschäftigen. Wählen wird auch von vielen als eine demokratische und moralische Pflicht angesehen.

Contra

Andererseits können Bürger immer noch einen ungültigen Stimmzettel abgeben. Auch eine rein zufällige oder Protestwahl ist möglich. Letztlich ist eine Wahlpflicht auch ein Eingriff in den persönlichen Freiheitsbereich. Diese Bürger sind dann auch anfälliger für Propaganda, da sie sich normalerweise enthalten würden, nun aber zum Wählen gezwungen werden und kaum eine eigene Meinung haben.

Fazit

Eine Wahlpflicht ist nicht die Lösung, um die Demokratie zu verbessern. Desinteressierte Bürger sollten zwar zur Wahl gehen, aber sie sollten sich auch vorher mit den einzelnen Parteien und ihren Positionen auseinandersetzen. Nur so können fundierte Wahlen entstehen, die die Demokratie stärken.

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit versichere ich, dass ich diese Arbeit selbstständig angefertigt und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet habe. Die den benutzten Werken wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen sind als solche gekennzeichnet.

Unterschrift

Ort, Datum

Quellen

- [1] Bundeswahlleiter Statistisches Bundesamt, “Definition Nichtwähler.” [Online]. Available: <https://www.bundeswahlleiter.de/service/glossar/n/nichtwaehler.html>. [Accessed: Oct. 31, 2022]
- [2] Bundeswahlleiter Statistisches Bundesamt, “Statistik Wahlbeteiligung.” [Online]. Available: <https://www.bundeswahlleiter.de/service/glossar/w/wahlbeteiligung.html>. [Accessed: Oct. 31, 2022]
- [3] M. Bohne, “Nichtwähler in Deutschland - Analyse und Perspektiven,” *SpringerLink*, 2010.
- [4] K.-R. Korte, “Wahlen in Deutschland,” *Bundeszentrale für politische Bildung*, 2009.
- [5] Wikipedia, “Wahlpflicht.” [Online]. Available: <https://de.wikipedia.org/wiki/Wahlpflicht>. [Accessed: Nov. 06, 2022]